

Abstractsammlung



Zur Handlungsmacht mündiger Bürger*innen

State of Democracy Tagung 2021

14. Jänner 2021

Digitale Konferenz

Politische Aktion als selbstbestimmte Bildungserfahrung

Steve Kenner

In dem Impuls "(Selbst)Bildung durch politische Aktion" geht Steve Kenner der Frage nach, welchen Stellenwert reale politische Partizipationserfahrungen in formalen und informellen politischen Bildungsprozessen haben. Dafür widmet er sich zunächst der Vielfalt des Partizipationsbegriffes, geht anschließend auf das Konzept der Handlungsfähigkeit in der Didaktik der politischen Bildung ein, um im dritten Teil des Vortrags Erkenntnisse aus quantitativen und qualitativen Studien zu sozialen und politischen Bildungserfahrungen im Kontext realer Partizipationserlebnisse nachzuzeichnen.

Steve Kenner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Demokratie und in der Geschäftsführung des Leibniz Forschungszentrums - Center for Inclusive Citizenship (beides Leibniz Universität Hannover). Er ist Landesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) Niedersachsen und im Redaktionsteam der Fachzeitschrift POLIS.

Homepage: www.idd.uni-hannover.de/kenner

Twitter: @StKenner

Youtube: <https://t1p.de/4q8p>

Citizenship als Praxis. Inklusion und Partizipation in der Volksschule am Beispiel von 1:1 Mentoring

Sarah Straub

Der Blick auf Citizenship als Praxis und nicht als Status (Isin und Nielsen 2013) stellt die Frage nach aktiver Bürger*innenschaft neu. Die sogenannten *Acts of Citizenship* (ebd.) beschreiben Citizenship als *act* und somit als Praxis von unten. In diesem Sinne fokussiert auch der Vortrag auf neue Möglichkeiten demokratischer Handlungsmacht jenseits von Statuszuschreibungen, Rechten und Pflichten von Staatsbürger*innen.

Ausgangspunkt stellt dabei die Exklusion bestimmter Personengruppen, hier Migrant*innen, innerhalb einer Gesellschaft dar. Der Begriff der Bürger*innenschaft schließt Kinder als mündige politische Subjekte mit ein. Die Volksschule wird dabei als heterogener Lernort gesehen, bei dem vor allem die Beziehung zwischen den Lernenden, hier Kindern mit Migrations- bzw. Fluchthintergrund, und den Lehrenden, meist Teil der Mehrheitsgesellschaft, im Zentrum der Betrachtung steht.

Die Teilhabe von Migrant*innen erfordert einen gesamtgesellschaftlichen Prozess, in welchem der *Inclusive Citizenship Education* Ansatz (Kleinschmidt, Kenner und Lange 2019) als Angebot für die

Institutionen des Lernens gesehen werden kann. Die Voraussetzungen für eine aktive Bürger*innenschaft werden dabei in positiven Erfahrungen von Anerkennung, Zutrauen, Respekt und Vertrauen gesehen, die jungen Menschen helfen können, ihre individuelle Handlungsmacht zu entfalten.

Laut Dewey hängt die Einstellung der Menschen und deren Erfahrungshorizont vom Umfang der Kontakte mit der physischen Umwelt ab, also von der Interaktion und den Kontakten zwischen sozialen Gruppen, was wiederum die demokratische Gesellschaft charakterisiert (Dewey 2018).

Am Beispiel von 1:1 Mentoring zwischen Volksschüler*innen und Lehramtstudent*innen, soll Teilhabe an der Gesellschaft, die über strukturelle Integration in Form von sozialer Interaktion hinaus geht, thematisiert werden. Abschließend wird der Frage nachgegangen, inwiefern sich hier Inklusionsprozesse im Sinne von Inclusive Citizenship Education erkennen lassen und diese zu Citizenship als Praxis von unten führen können.

Dewey, John (2018) *Democracy and education: an introduction to the philosophy of education*. Bloomfield: Myers Education Press.

Isin, Engin F./ Nielsen, Greg M. (2013): *Acts of Citizenship*. London & New York: Zed Books.

Kleinschmidt, Malte / Kenner, Steve / Lange, Dirk (2019): *Inclusive Citizenship als Ausgangspunkt für emanzipative und inklusive politische Bildung in der Migrationsgesellschaft*. In Natarajan, Radhika (Hrsg.): *Sprache, Flucht, Migration: Kritische, historische und pädagogische Annäherungen*. Wiesbaden: Springer VS., S. 407-415.

Sarah Straub ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Demokratiezentrum Wien und im Arbeitsbereich Didaktik der Politischen Bildung an der Universität Wien. Sie forscht u.a. zu *Inclusive Citizenship Education* von Kindern im Grundschulalter mit Schwerpunkt auf der sozialen Interaktion zwischen Lernenden und Lehrenden in Lernprozessen der politischen Bildung.

Macht, Mündigkeit & Autonomie im Kontext politischer Bildung – Citizenship und Bürger*innenbewusstsein

Waltraud Meints-Stender und Dirk Lange

Die Frage, wie durch „Kultur Menschen zu Subjekten gemacht werden“ (M. Foucault), gehört zu den Grundproblemen gesellschaftspolitischer, bildungstheoretischer und bildungspraktischer Forschungen. Die traditionelle Gleichsetzung von „Mündigkeit“ mit „Selbstdenken“ und von „Autonomie“ mit „Selbstgesetzgebung“ und „Selbstbestimmung“ ist damit fraglich geworden. Im Vortrag werden die Verständnisweisen von Mündigkeit und Autonomie im Kontext von Macht und Subjektivierungen erörtert, um dann konzeptionelle Herausforderungen für die politische Bildung am Beispiel von Citizenship und Bürger*innenbewusstsein zu erörtern.

Waltraud Meints-Stender ist Professorin für Politik und Bildung an der Hochschule Niederrhein. Im Sommersemester 2020 war sie Gastprofessorin an der Universität Wien am Lehrstuhl von Prof. Dr. Dirk Lange.

Dirk Lange ist Professor für Didaktik der Politischen Bildung an der Universität Wien und leitet das Demokratiezentrum Wien.

„Besorgt, aber nicht hoffnungslos“: Emotionen und Forderungen der Fridays for Future Bewegung

Antje Daniel

Der Vortrag konzentriert sich auf die noch junge Umweltbewegung Fridays for Future und analysiert, basierend auf einem mixed-method Forschungsansatzes, die Einstellungen, Motivation, Forderungen und die politische Erwartungshaltung der Protestteilnehmer*innen.

Antje Daniel ist Universitätsassistentin am Institut für Internationale Entwicklung. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören: Entwicklungsforschung und -theorien, Protest- und Bewegungsforschung, politische Prozesse und Strukturen, Partizipation, intersektionelle und (queer)feministische Theorie, Friedens- und Konfliktforschung.

Legitimation und Demokratisierungspotenziale von Protesten

Patrick Scherhauser

In diesem Beitrag versuche ich die Frage zu beantworten, wie Proteste und Widerstandspraktiken, die von Umwelt- und Klimagerechtigkeitsbewegungen ausgehen, demokratisierende Wirkungen entfalten können. Dabei liegt der Fokus auf den Standpunkten und Handlungen der Akteure selbst und ihrem wahrgenommenen Einfluss auf die Beseitigung von Ungerechtigkeiten. In der Praxis unterstreichen die Protestierenden die Dringlichkeit ihrer Anliegen und schrecken dabei auch nicht vor illegalen Formen des zivilen Ungehorsams zurück. Daraus ergibt sich ein Spannungsverhältnis zwischen einem Recht auf Widerstand und den Ansprüchen eines demokratischen Rechtsstaates. Die abschließende Bestimmung der Legitimität dieser Aktionen wird aus einer demokratietheoretischen Perspektive vorgenommen.

Patrick Scherhauser promovierte in Politikwissenschaft an der Universität Wien und absolvierte einen postgraduierten Lehrgang in European Studies. Seit 2010 arbeitet er am Institut für Wald-, Umwelt- und Ressourcenpolitik an der Universität für Bodenkultur, Wien (BOKU). Zuvor war er in unterschiedlichen Positionen an der Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und am Institut für Höhere Studien (IHS) tätig. Seine Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen österreichische und europäische Umwelt- und Energiepolitik, partizipative Demokratie, Wissensintegration und Inter- und Transdisziplinarität.